

Das Ende vom Lied: Die Abdankung der Hochschulpolitik und ihre Folgen

Gero Fischer

Wenige Monate nach „Uni brennt“ haben sich die Verhältnisse an den Universitäten noch verschärft. Das politische Establishment erscheint unfähig und unwillig, die finanzielle und materielle Basis für Studierende, Lehrende und Forschende grundlegend zu verbessern. Wirklich große Würfe sind nicht zu erwarten, die Leidtragenden werden sogar noch zu Sündenböcken gemacht. Das österreichische Hochschulwesen droht in die zweite Liga abzustürzen.

Vorbemerkungen

Man muss es drastisch ausdrücken: Die Hochschulpolitik hat in Österreich abgedankt, sie ist zur Notstandsverwaltung der sich ständig verschlechternden Verhältnisse pervertiert. Nennenswerte Akzente, Projekte, Perspektiven, die nachhaltig in die Zukunft weisen, sind aktuell kaum feststellbar. Die Politik agiert hilf- und ideenlos be- und gefangen von ihren vorgefassten Ansichten und Lösungskonzepten entlang des ökonomistischen Mainstreams. Der aktuelle gesellschaftspolitische Diskurs ist geprägt vom Unwillen und der Inkompetenz einen Konsens über eine neue zukunftsorientierte Hochschulpolitik auf die Beine zu stellen. Ansätze zu einer breiten konstruktiven Diskussion über längerfristige und tragfähige bildungspolitische Perspektiven wären jedoch das Gebot der Stunde. Die „alten“ emanzipatorischen Bildungs-ideale, Aufklärung, Gerechtigkeit, Solidarität, Gleichheit wurde ganz offensichtlich der vorherrschenden „Ideologie betriebswirtschaftlicher Rationalisierung mit ihrer Umverteilung nach oben und dem Sparzwang nach unten“¹ geopfert. Auf der Strecke bleiben Studierende, Absolventen, der Universitätsbetrieb selbst. So viel Frust und Desillusionierung an den Hohen Schulen gab es schon lange nicht. Und: Die Uni wird wieder brennen, die Glut ist keineswegs erloschen.

Ökonomisierung und Marktkonformität der Bildung

Seit Jahrzehnten erleben wir eine zunehmende Offensive des Monetarismus und einer rigiden Marktideologie, die auch nicht vor dem Bildungswesen Halt macht. Der Paradigmenwechsel zu einer Ökonomisierung der Bildung² ist schon im EU-Weißbuch zur allgemeinen und beruflichen Bildung „Lehren und Lernen – Auf dem Weg zur kognitiven Gesellschaft“ (EU 1995)³ klar formuliert: „Die Internationalisierung des Wirtschaftsaustausches, die Globalisierung der Technologien und insbesondere die Herausbildung der Informationsgesellschaft haben die Möglichkeiten des Zugriffs zur Information und zum Wissen für den einzelnen verbessert. Gleichzeitig verlangen all diese Faktoren auch eine Veränderung der erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten und der Arbeitssysteme... Es liegt auf der Hand, dass die allen gebotenen neuen Möglichkeiten jedem einzelnen ein Bemühen um Anpassung abverlangen“ (S. 6). Die hohe Frequenz des Schlüsselwort „Anpassung“ in diesem Text ist Programm: Anpassung an die Entwicklung der Wirtschaft, an den Arbeitsmarkt, „optimale Anpassung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung“ etc. Es ist nicht mehr von Individuen die Rede sondern von „Humanressourcen“, von „Humankapital“, das optimal genutzt werden sollte. Im „Memorandum über Lebenslanges Lernen“ / LLL (2000) –, wird explizit gefordert, die

¹ Oskar Negt: Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen, 2010

² Monika Witsch: Ökonomisierung von Bildung und Privatisierung von Bildungspolitik – Pädagogische An- und Einsprüche. In: Spektrum Freizeit – Forum für Wissenschaft, Politik und Praxis I/II (2007), S. 101-117

³ EU (1995): Lehren und Lernen – Auf dem Weg zur kognitiven Gesellschaft. Weißbuch zur allgemeinen und beruflichen Bildung. (Dokumente der Kommission der Europäischen Union, 16)

„Investitionen in die Humanressourcen deutlich [zu] erhöhen und damit Europas wichtiges Kapital – das Humankapital – optimal [zu] nutzen“⁴ (EU, 2000, S. 14). LLL „ist nicht mehr bloß ein Aspekt von Bildung und Berufsbildung, vielmehr muss es zum Grundprinzip werden, an dem sich Angebot und Nachfrage in sämtlichen Lernkontexten ausrichten. Im kommenden Jahrzehnt müssen wir diese Vision verwirklichen. Alle in Europa lebenden Menschen – ohne Ausnahme – sollten gleiche Chancen haben, um sich an die Anforderungen des sozialen und wirtschaftlichen Wandels anzupassen und aktiv an der Gestaltung von Europas Zukunft mitzuwirken“ (EU 2000, S. 3). Kann das nicht auch heißen, dass die Forderung nach einem (obligaten) LLL die immer schlechter werdende Bildungs- und Ausbildungsverhältnisse kompensieren soll?

Das sprachliche Repertoire dieser Texte offenbart unverkennbar das in diesem Diskurs dominante Prinzip einer ökonomistisch ausgerichteten Optimierung der „Humanressource Mensch“, Lohmann spricht in diesem Zusammenhang von einer marktgerechten Verwarenformung⁵ des von menschlichen Individuums. Die „Humanressource“ ist volkswirtschaftlich gesprochen die Menge/Größe der in Erziehung und Ausbildung getätigten Investitionen. Die Ökonomisierung des Bildungswesens als Teil der zunehmenden Ökonomisierung der Gesellschaft, die Verlagerung von der Realwirtschaft zur Finanzwirtschaft verursachte nach Schulmeister⁶ allerdings folgende Paradoxie: „Einerseits werden nahezu alle Lebensbereiche ökonomisiert, andererseits wird es immer schwerer, im System Ökonomie einen (Arbeits-) Platz zu finden. Das höhere Bildungswesen wurde von diesen widersprüchlichen Tendenzen besonders betroffen:

- Die zunehmende Standardisierung von (Aus-)Bildungsqualitäten, nicht zuletzt im Sinne besserer Verwertbarkeit, entspricht der Ökonomisierung des Bildungswesens
- Dies gilt weitgehend auch für die Übernahme der angloamerikanischen Gliederung der Universitätsstudien in drei Abschnitte [...]
- Eine Steigerung der Akademikerquote wird als wirtschaftspolitisches Ziel formuliert, um das Wachstumspotential der Wirtschaft zu erhöhen, gleichzeitig werden aber immer mehr Ausbildungsplätze beschränkt, da die öffentlichen Haushalte sparen müssen.
- Schließlich werden den Universitätsabsolventen immer weniger normale, voll sozialversicherte Arbeitsplätze angeboten, viele Jungakademiker pendeln jahrelang zwischen Praktikumsstellen und sonstigen atypischen Beschäftigungsverhältnissen.“

Studium als Privatangelegenheit

Da nach dem neoliberalen Mainstream das Studium eine Privatinitiative darstellt, eine Art „Privatvergnügen“, ist es nach dieser Philosophie nur logisch, dass es auch aus privaten Mitteln zu finanzieren ist (übrigens ebenso wie auch das LLL). Dadurch werde der Staat hinsichtlich seines (ursprünglichen) öffentlichen Bildungsauftrages entlastet – und wieder um einiges „schlanker“ (und es eröffnen sich neue profitversprechende Geschäftsfelder für private Investoren im Bildungsbereich). Bildungspolitiker und Hochschulleitungen, die diese Glaubenssätze nachbeten, wiederholen das Mantra der leeren öffentlichen Kassen und strapazieren zusätzlich das Argument „Wir können nicht alles anbieten“, um zu rechtfertigen, wenn

⁴ EU (2000): Memorandum über Lebenslanges Lernen

⁵Ingrid Lohmann (2002): Bildung - Ware oder öffentliches Gut? Auswirkungen des *General Agreement on Trade in Services*(GATS) auf den Bildungsbereich.

In: <http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/Personal/Lohmann/Publik/debt.htm>

⁶Stephan Schulmeister: Mitten in der großen Krise. Ein „New Deal“ für Europa. Wien, 2010, S. 122

sie (meist geisteswissenschaftliche) Fächer liquidieren und die frei werdenden Mittel umwidmen. Es handelt sich dabei nicht um zufällige Einzelhandlungen sondern es steckt eine größere Strategie dahinter. Dazu gibt es ein entlarrendes, in der Deutlichkeit (und Hinterhältigkeit) kaum zu übertreffendes OECD-Positionspapier (1996), das nach wie vor Gültigkeit und Aktualität besitzt: „Um das Haushaltsdefizit zu reduzieren, sind sehr substantielle Einschnitte im Bereich der öffentlichen Investitionen oder die Kürzung der Mittel für laufende Kosten ohne jedes politische Risiko. Wenn Mittel für laufende Kosten gekürzt werden, dann sollte die Quantität der Dienstleistung nicht reduziert werden, auch wenn die Qualität darunter leidet. *Beispielsweise lassen sich Haushaltsmittel für Schulen und Universitäten kürzen, aber es wäre gefährlich, die Zahl der Studierenden zu beschränken* [Hervorhebung von mir]. Familien reagieren gewaltsam, wenn ihren Kindern der Zugang verweigert wird, aber nicht auf eine allmähliche Absenkung der Qualität der dargebotenen Bildung, und so kann die Schule immer mehr dazu übergehen, für bestimmte Zwecke von den Familien Eigenbeiträge zu verlangen oder bestimmte Tätigkeiten ganz einzustellen. Dabei sollte nur nach und nach so vorgegangen werden, z.B. in einer Schule, aber nicht in der benachbarten Einrichtung, um jede allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung zu vermeiden.“⁷ Anders ausgedrückt die Politik ist angehalten, strategisch die „systematische und planvolle Unterfinanzierung öffentlicher Bildungseinrichtungen“⁸ zu verfolgen aber dies geflissentlichst so, dass die Bevölkerung es erst möglichst spät merkt. Dahinter steckt die Absicht, das gesamte Bildungswesen gänzlich den Marktgesetzen zu unterwerfen und es vollständig zu privatisieren und schließlich der demokratischen Kontrolle zu entziehen.

Zu Peter Roseggers Zeiten zählte schon ein des Schreibens Kundiger im Dorf zur Elite, heute ist die Matura bestenfalls ein Ticket für höhere Bildung und nichts mehr. Viele Berufe verlangen heute erheblich höhere Bildungsanforderungen als früher, daraus resultiert der Ansturm auf den Sekundarschul- und auf den Hochschulbereich in den letzten Jahrzehnten. Bildung bedeutet immer auch einen höheren Grad des Sich-Einbringen-Könnens in den gesellschaftlichen Prozess und damit gesellschaftspolitisch gesehen auch ein gesteigertes kritisches Potential. Der neoliberale Mainstream zielt aber nicht darauf ab, das kritische demokratische Potential per se zu stärken sondern Marktprinzipien zum Durchbruch zu verhelfen. Dies geschieht durch Abbau und Reduktion des kritischen Potentials der wissenschaftlichen Ausbildung, insbesondere der Geisteswissenschaften, Soziologie usw. und durch eine möglichst reibungslose Anpassung an den Produktionsprozess. „Der Neoliberalismus ist das hegemoniale Narrativ der Gegenwart in spätmodernen Gesellschaften. Er wird im Ausmaß seiner Bedeutung für politisches Denken und Handeln und für die individuelle Lebensweise bisher kaum erfasst – und ist damit umso wirkmächtiger.“⁹ Nach Zymek bedeutet die Ökonomisierung der Bildung „vor allem eine historisch neue Dimension des Umgangs mit der Zeit der Menschen, einen Zugriff auf die Tageszeit, die Jahreszeit, die Lebenszeit von der frühen Kindheit bis ins Alter. ... Die Begriffe Verdichtung, Verfrühung und Verlängerung des Lernens sind Ausdruck dieser Strategie. Dieser Zugriff auf die Zeit der Menschen wird - zunächst - als neue moralische Verpflichtung an die Menschen herangetragen: Lernen ist, so heißt es immer wie-

⁷ C. Morrisson: The Political Feasibility of Adjustment. OECD Policy Brief 13. 1996, S.28, URL: www.oecd.org/dataoecd/24/24/1919076.pdf zit. Nach: Andrea Liesner – Ingrid Lohmann: Zur neoliberalen Transformation der Bildungseinrichtungen. In: schulheft 133/2009: 9 – 19, S. 9

⁸ Ingrid Lohmann (2002): Bildung - Ware oder öffentliches Gut? Auswirkungen des *General Agreement on Trade in Services* (GATS) auf den Bildungsbereich.

In: <http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/Personal/Lohmann/Publik/debt.htm>

⁹ Heike Kahler: Hochschulreform im 'schlanken Staat' Thesen zur Neoliberalisierung der Universität. In: BUKO INFO 2/2002: 16-22, S. 16

der, als ‚ernsthafte und angestrenzte‘ und ‚auf Erwerbsarbeit bezogene Tätigkeit‘ zu begreifen und als Lebensprinzip anzunehmen. Ein solches lebenslanges Lernen und Arbeiten ist als Verpflichtung gegenüber sich selbst und der Gemeinschaft aufzufassen.“¹⁰ Bildung wird demnach „mainstreamig“ vorwiegend als berufsorientierte Ausbildung verstanden, für die jeder selbst zu sorgen hat, Bildung als allgemeiner gesellschaftspolitischer Auftrag im Sinne der Aufklärung ist nicht explizit darin enthalten.

Nicht wahr genommene Chancen oder weder lernfähig noch lernwillig?

Krisen bieten immer wieder die Chance zur Reflexion über bisherige Entwicklungen, Positiva und Negativa gegenüberzustellen und abzuwägen, welche Schlüsse aus der bisherigen Praxis zu ziehen sind. Ein Blick auf den aktuellen politischen Diskurs macht klar, dass Anliegen der Bildung, Wissenschaft und Forschung keinen Stellenwert besitzen. Außerdem scheint es so, dass die aktuelle Spekulations- und Wirtschaftskrise kritische Reflexion überhaupt auszuschalten und Panikhandlungen leichter zu ermöglichen scheint. Der Staat hat sich durch das Auffangen der maroden Finanzwirtschaft, aber auch durch Schrottprämien zur Unterstützung der darbenenden Autowirtschaft, durch Altlasten (wie z.B. Eurofighter) übernommen, wodurch es für Zukunftsinvestitionen in das Bildungswesen für die kommenden Jahre keine zusätzlichen Mittel gibt, im Gegenteil, auch das Schul- und Hochschulwesen soll Federn lassen. Im herrschenden politischen Diskurs wird diese Entwicklung als plausibler Sachzwang dargestellt, wonach eben wegen der allgemeinen Wirtschaftskrise auch der Bildungs- und Hochschulsektor „seinen Beitrag zu leisten“ hat. Quasi beruhigend verkündet der Finanzminister: „Ich garantiere, dass bei Forschung, Entwicklung und vor allem Bildung weit weniger gekürzt wird als in anderen Bereichen“¹¹ In Wirklichkeit ist diese Aussage aber eine ernste Drohung, denn sie bedeutet, dass die seit Jahrzehnten unterfinanzierten Hochschulen in den kommenden Jahren mit einer weiteren substantiellen realen Verschlechterung zu rechnen haben. Ein Aufholen – man erinnere sich an die großen Sprüche von wegen „Weltuniversität“ etc. der vergangenen Legislaturperiode – ist längst ad acta gelegt. Von ministerieller Seite werden den Universitäten und Instituten „kreative“ Überlebensstrategien anempfohlen. Da passt dann ins Bild, wenn der Chef der Rektorenkonferenz es „peinlich“ findet, „dass jeder studieren darf“¹² und der Vizekanzler und Finanzminister ergänzt: „Der Weg der bedingungslos offenen Türen für alle muss zu Ende sein.“¹³ Die Sprache allein lässt keinerlei Empathie mit den Studierenden erkennen. Damit wird nicht bloß das Ende des freien Hochschulzuges verkündet sondern es bedeutet vielmehr die Absage an eine gestaltende nachhaltige Hochschulpolitik. Wenn die katastrophale finanzielle Situation der Hochschulen seitens der Betroffenen moniert wird, dann kontert das politische Establishment mit der Diskussion um Studiengebühren und Zulassungsbedingungen, Aufnahmeverfahren, Studieneingangsphasen u.dgl. Das alles sind Maßnahmen, die zur Reduktion der Studierendenzahlen führen sollen. Das Thema der Förderung und Hebung des intellektuellen Potentials als öffentliche politische Aufgabe oder gar das Recht auf höhere Bildung ist unter diesen Prämissen nicht thematisierbar. Das jahrzehntelange Verschlampen und Ignorieren der materiellen Situation der Hochschulen durch die Politik bricht jetzt völlig auf: Viele Institute und Studienrichtungen sind an ihren Kapazitätsgrenzen angelangt. Da sich die aktuelle Politik darauf festgelegt hat,

¹⁰Bernd Zymek: Was bedeutet "Ökonomisierung der Bildung"? Analyse des Gutachtens der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft "Bildung neu denken. <http://www.linksnet.de/de/artikel/19736>

¹¹Standard, 17/18.7. 2010, S. 7

¹²Presse, 22.5. 2010, S.5

¹³Der Vizekanzler im Standard, 17./18.7.2010, S.7

dass Bildung kein Menschenrecht ist, dann ist es logisch, dass Modelle und Vorschläge diskutiert werden, die stark an die Praxis der untergegangenen Planwirtschaften erinnern, so z.B. Modelle mit bedarfsorientierten Planziffern (dass dabei DDR-Nostalgikern ein hämisches Grinsen entfährt, kann nicht verwundern). Danach sollen im Prinzip nur so viele Studierende (der einzelnen Studienrichtungen) aufgenommen werden, wie viele Absolventen die Gesellschaft braucht. Diese Frage kann ja gestellt werden, nur es kann darauf die Antwort nicht lauten: Die Planziffer ist überschritten und alle weiteren Bewerber für einen Studienplatz werden ausgeschlossen. Denn: Es gibt ja keine Arbeitsplatzgarantie – weder vom Staat noch von der Wirtschaft. Jeder Studierende ist letztlich selbst für seine Studienwahl verantwortlich und schließlich auch dafür, was er daraus in seinem weiteren Leben macht. Liberal verfasste Gesellschaft und bevormundender Paternalismus passen eben auch nicht zusammen auch wenn alles „noch so gut gemeint ist“. Gerne wird die Frage „Was machen wir mit so vielen Absolventen der Studienrichtung X?“ gestellt, wobei für X vorwiegend geisteswissenschaftliche Studienrichtungen einzusetzen sind. Unaufgelöst bleibt folgender Widerspruch, der sich daraus ergibt, wenn der gesellschaftliche Bedarf nach bestimmten Qualifikationen mit der Zulassung zu bestimmten Studienrichtungen verknüpft wird, aber die Studierenden lieber nach ihren Neigungen die Studien auswählen (wollen). Welche Institution sollte legitimiert sein die Studierendenströme entsprechend dem „gesellschaftlichen Bedarf“ zu lenken? Wer stellt denn diesen zweifelsfrei und für Jahre verbindlich fest? Wer steht dafür dann gerade, wenn Prognose und Realität auseinander fallen? Die historische Erfahrung (gerader der realsozialistischen Länder) hat deutlich vor Augen geführt, dass sich Wirtschaft und Gesellschaft selten nach – noch so gut gemeinten Plänen – verhalten. In demokratischen Gesellschaften hat die Freiheit des Individuums, die Freiheit individueller Entscheidungen oberste Priorität, es können daher nur Empfehlungen ausgesprochen werden, Zwangsregulierungen scheiden als Steuerungsverfahren aus. Dies alles reflektierend müsste eine verantwortungsvolle (Bildungs-)Politik bemüht sein, längerfristige zukunftsfähige Bildungsstrategien zu entwickeln. Die Universitäten und Hochschulen werden im Dauerregen stehen gelassen, während dessen es immer stärker durch die Dächer in die Hörsäle tropft. Die Chance zur Reflexion über eine neue Bildungspolitik wird ignoriert – in diesem Sinne bleibt sich das politische Establishment treu.

Österreich ist da aber nicht allein: Unbeeindruckt von den historischen Erfahrungen (des Scheiterns der Synchronisierung von Bedarfsplanziffern mit Studierendenzahlen im „Großversuch“ der DDR) trat der Hamburger Wissenschaftssenator Jörg Dräger 2004 noch allen Ernstes dafür ein, „das Lehrprogramm am Absolventenbedarf im Jahre 2012 aus[zur]ichten und vor allem in den Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften massiv Plätze [zu] streichen. 58 Prozent der Plätze sollen dort verschwinden ... Insgesamt würde an der Uni Hamburg etwa jeder fünfte Studienplatz wegfallen.“¹⁴ Auch Professorenstellen zu liquidieren stand auf dem Plan. „Ich stehe dazu, dass in den Hamburger Geisteswissenschaften die Anzahl der Absolventen um 18 Prozent sinken soll. Das ist die einzige politische Vorgabe, die wir machen, wir geben keinen Trend vor.“¹⁵ Die Freiheit der Entscheidungen der Universitäten beruht dann darin, dass sie selbst entscheiden dürfen (und müssen), gleichsam welchen Körperteil sie sich „freiwillig“ amputieren lassen.

Einen Sachzwang gibt es ja in der Tat: Wenn die Ressourcen nicht dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden, dann können einem Fach nur dann zusätzliche Mittel gegeben werden, wenn diese anderen weggenommen werden (einfaches Nullsummenspiel). Es müsste die Fra-

¹⁴ Spiegel 37/2004

¹⁵ Interview mit Jörg Dräger, Spiegel 37/2004

ge grundsätzlich einmal untersucht werden, warum aus über 200 Studienrichtungen die meisten Studierwilligen immer nur ca zwei Dutzend auswählen, die dann entsprechend überfüllt sind und daher in allerlei Schieflagen kommen. Es greifen offensichtlich nicht die vorhandenen Informationsstrukturen (Studienmessen etc.). Die Zahl der Maturanten, die zu Inskriptionsbeginn noch nicht wissen, für welche Studienrichtung sie sich entscheiden sollen, unverändert hoch. Das Problem ist also konstant und bekannt, trotzdem gibt es keine zusätzlichen Anstrengungen für nachhaltig tragbare Lösungen, (wie z.B. eine frühe Kooperation zwischen Hochschulen – Mittelschulen). In den jüngst ministeriell geschalteten Inseraten wird empfohlen zu „Studieren was nicht alle studieren“, nämlich MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Diese Aktion ist gut gemeint, berücksichtigt aber nicht, wie und unter welchen Bedingungen an vielen AHS gerade diese Gegenstände unterrichtet werden, sie verdeckt, dass insbesondere die naturwissenschaftlichen Fächer von den bis heute nicht zurück genommenen Stundenkürzungen (durch die Regierung der schwarz-blauen Koalition) betroffen waren. Über die Kenntnisse und die Motivation der Schüler, die einen solchen Unterricht ertragen mussten, braucht man sich keine Illusionen zu machen. An dieser Zielgruppe geht die MINT-Werbung völlig vorbei. Dass aber auch die Arbeits- und Studienbedingungen sowie die Ausstattungs- und Betreuungsverhältnisse dieser Fächer an den Hochschulen alles andere als in Ordnung sind, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Nachfragesteuerung vs. nachhaltige Hochschulpolitik

Die Politik hat sich darin verständigt, dass die Folgen der internationalen Finanzkrise vorwiegend durch rigorose Sparprogramme bekämpft und überwunden werden sollen und dass „alle“ ihren Beitrag leisten sollen, man könnte auch sagen, es wird Solidarität von den Opfern mit den Tätern eingefordert. Tatsache ist, dass die Verursacher dieser Krise vergleichsweise besser aussteigen als diejenigen, denen Sparprogramme aufoktroiert werden. Fatal ist jedoch für das Bildungs- und Hochschulwesen, dass es schon vor der Krise finanziell ausgehungert war (Oberransmayer spricht von seit 1995 den Hochschulen vorenthaltenen Mitteln in der Höhe von ca 12 Milliarden €¹⁶. Selbst wenn man diese Rechnung nicht wortwörtlich nimmt, um Beträge in Milliardenhöhe geht es auf jeden Fall). Nicht bestreitbar ist die Tatsache, dass sich die Studienwahlmöglichkeiten für die Studierenden erheblich verschlechtert haben: Vor sagen wir etwa 20 Jahren konnten Studierende ohne Einschränkung die Studienrichtungen wählen, für die sie sich besonders interessierten. Auch wenn viele nach einem oder mehreren Semestern die Studienrichtung wechselten, weil die ursprünglich gewählte doch nicht den Vorstellungen und Voraussetzungen entsprach, so hatten sie die freie Entscheidung und die Möglichkeit, es zu versuchen, sich zu bewähren, mit den gestellten Aufgaben auch zu wachsen. Heute sind immer mehr Studienrichtungen gar nicht mehr in der Lage, den Studierenden diese Bewährungschance zu bieten. Sie sind vielmehr gezwungen Selektionsverfahren an den Studienbeginn legen, die mit der Aufnahmekapazität korreliert bzw. normiert sind, um den Studienbetrieb überhaupt zu ermöglichen. Es muss unterstrichen werden, dass dieses „Funktionieren“ des Studienbetriebes nur durch die Aussperrung einer erheblichen Zahl von Studierwilligen erzielt werden kann.

Die (Bildungs-)Politik hat einen weiteren Konsens produziert: Sie will analog zur Bekämpfung von Naturkatastrophen die „Fluten der Studierenden“ eindämmen. Darin wird sie heftig vom Boulevard unterstützt. Dieser Konsens schließt verschiedenste auch untaugliche argumentative Mittel ein, die eines gemeinsam haben: Sie verschleiern die Rat- und Hilflosigkeit der österreichischen Bildungspolitik. Sie ist am Ende angekommen, wenn es keine anderen

¹⁶Gerald Oberransmayer: Bologna-Prozess und Lissabon-Strategie – Die neoliberale Umkämpfung der Unis. In: schulheft 137/2010:111 – 124, S. 120

Strategien mehr zu geben scheint, als die Zahl der Studierfähigen (ohnedies im OECD-Maßstab im unteren Vergleichsfeld) mit allen möglichen Mitteln zu reduzieren, weil seit Jahrzehnten verabsäumt wurde, die Kapazitäten des tertiären Sektors den tatsächlichen Bedürfnissen anzupassen.

Der aktuelle politische und mediale Diskurs dreht sich um die als zentral dargestellte Frage der Zugangsbeschränkungen, – so als ob die (zu) vielen Studierwilligen die Hochschulmisere verursacht hätten und gleichzeitig bleibt der Widerspruch unaufgelöst, wie nämlich über die Beschränkung der Studienzulassungen der Akademikermangel behoben werden könnte.

Es sei daran erinnert, dass noch in den 50-er Jahren des 20. Jh. Zugangsbeschränkungen zu den AHS durch Aufnahmeprüfungen gab. Außerdem war Schulgeld zu bezahlen – dieses trug zwar nur wenig zur Finanzierung des Bildungswesens bei, war aber doch ein deutliches Zeichen, das in bildungsfernen Schichten als ein klares Haltesignal angesehen wurde. Die damit bewirkte Abdrängung der „zu vielen Bewerber“ in die Hauptschulen wurde politisch und ökonomisch damit gerechtfertigt, dass die Wirtschaft Massen von Lehrlingen benötigte. Außerdem war damals die Dichte der AHS auf dem Lande dürftig. Der Besuch einer AHS war ein klares Bildungsprivileg, der Sozialcharakter der „Auslese“ unbestreitbar. Die Politik des freien Zuganges zu den AHS in den nachfolgenden Jahrzehnten stellte mit Recht einen Akt der Emanzipation dar. Heute hingegen ist der Begriff der Emanzipation in der derzeitigen Bildungsdiskussion ebenso wenig ein Thema wie klassische, d.h. antike Bildungsideale, die humanistische Ziele verfolgten, „in erster Linie als Programm der Selbstbildnis des Menschen, eine Formung und Entfaltung von Körper, Geist und Seele, von Talenten und Begabungen, die den einzelnen zu einem selbstbewussten Teilnehmer am Gemeinwesen und seiner Kultur führen sollte. Gleichzeitig galt Bildung als einzige Möglichkeit, den Menschen aus der Barbarei in die Zivilisation, aus der Unmündigkeit in die Autonomie zu leiten.“¹⁷ Wenn heute die Bildungspolitik es als vordringliche Aufgabe sieht, die „Studentenfluten“ vor den Toren der Universitäten einzudämmen, dann heißt das, dass sie sich definitiv verabschiedet hat von den Zielen, das Individuum zur verstärkten kritischen Teilhabe am gesellschaftlichen Prozess zu führen.

Im folgenden Abschnitt werde ich auf einige Formen der Nachfragesteuerung eingehen:

- Strukturierte, verpflichtende Aufnahmeverfahren (Tests, Aufnahmeprüfungen etc.).
- STEP (auf Probleme und Widersprüche habe ich anderen Orts hingewiesen)¹⁸
- Numerus clausus
- Studiengebühren

Aufnahmeverfahren

Aufnahmeverfahren haben unterschiedlichen Charakter: In einigen speziellen Studienrichtungen überprüfen sie Vorkenntnisse bzw. spezielle Vorbildung, Fertigkeiten, Fähigkeiten, z.B. Sportwissenschaften, Kunststudien, Translationswissenschaft (Dolmetschstudium), die von einem durchschnittlichen Maturanten nicht erwartet und die während des Studiums auch nicht nachgeholt werden können. Diese Aufnahmeverfahren legitimieren sich anders als die quantitativ-selektiven, kapazitätsbezogenen für Studien, für die allein das Maturazeugnis berechtigt. Diese Aufnahmeverfahren dienen ausschließlich der Reduktion der Zahl der Studienbewerber, um sie an die Zahl der vorhandenen Studienplätze anzupassen. Der aktuelle Zustand in einer wachsenden Zahl von überfüllten Studienrichtungen ist in der

¹⁷ K.P. Liessmann: Theorie der Unbildung, Wien 2006, S.54

¹⁸ Vgl. Gero Fischer: Gedanken zur Studieneingangsphase, in:

http://slawistik.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/inst_slawistik/Studium/STEP.pdf

Tat prekär. Selbstverständlich ist es ein Problem, von Tausenden Bewerbungen z.B. nur ein Zehntel aufnehmen und auswählen zu können, weil die Kapazitäten einfach nicht reichen. Dass Aufnahmeverfahren unter diesen Gegebenheiten schlimmstenfalls zu Glücksspielen verkommen können, darf nicht wundern – mit wenigen Siegern und einer Mehrheit von Verlierern.

Wenn diese Zugangs- / Auswahlverfahren damit legitimiert werden, dass nur die „Allerbesten“ zum Studium (bestimmter Fächer) zugelassen werden sollen, dann ist das wenig glaubwürdig. In Wirklichkeit ist es so, dass die Aufnahmeverfahren zu Beginn eines Studiums einen schlechten Output gar nicht verhindern können bzw. anders formuliert, Exzellenz auch nicht garantieren können. Das „Überleben“ eines Aufnahmeverfahrens besagt nicht mehr als dass die Betroffenen den Anforderungen der Tests (darunter auch gehörige Stressresistenz) entsprochen haben und nicht mehr.

Zu bedenken ist auch folgendes: Aufnahmeprüfungen würden sich anders argumentieren lassen, wenn der Qualitätsabstand zwischen dem sekundären Bildungsbereich (mit Maturaabschluss = Studienberechtigung) und dem tertiären Sektor immer größer geworden wäre, sodass nur ein kleiner Teil der Bewerber ein Studium bewältigen könnte. Eine derartige „Qualitätsschere“ ist aber real nicht feststellbar. Aufnahmeverfahren stellen in jedem Fall ein gehöriges Misstrauensvotum gegenüber der Matura dar (woran auch die künftige Zentralmatura nichts ändern dürfte) oder auch anders argumentiert: Wenn es verbindliche Aufnahmeverfahren an den Universitäten gibt, dann könnte die Matura entfallen, oder?

Die Rede „Die Universitäten sollen sich ihre Studierenden aussuchen dürfen“ und „nur die Allerbesten sollen studieren“ etc. klingt plausibel, die Praxis der Aufnahmeverfahren als reine Massenabfertigungsprozedur via Multiple-choice ist jedoch gar nicht in der Lage korrekt Spreu vom Weizen zu trennen. Ob jemand ein Aufnahmeverfahren übersteht, hängt sehr viel vom Zufall und von Faktoren ab, die mit den Kandidaten wenig zu tun haben. Gibt es viele Bewerber, dann ist das Verfahren selektiver, gibt es wenige, dann ist es durchlässiger, oder kann sogar ganz entfallen (letzteres wird demnächst bei vielen pädagogischen Studienrichtungen anstehen, weil sonst der Lehrermangel noch schlimmer wird). Bei einigen Aufnahme-tests sind die Prüfungsinhalte einigermaßen fragwürdig hinsichtlich Relevanz für die Studienrichtung und für den Beruf. Absurd ist die enorme Aufmerksamkeit, die den Aufnahmeverfahren (auch im öffentlichen Diskurs) gewidmet wird, wenn man bedenkt, dass sie aufwändiger sind, mehr Zeit in Anspruch nehmen (Medizin z.B. 7 Stunden!) als Abschlussprüfungen, Diplomprüfungen, Rigorosen etc. Viele Aufnahmeverfahren offenbaren noch eine andere Problematik: Sie sind nicht „genderneutral“, wie z.B. die Aufnahmetests für das Medizinstudium zeigen, Bewerberinnen schneiden deutlich schlechter ab. Und dann haben wir noch die „bildungsfernen Schichten“, die diese Aufnahmeverfahren noch stärker als „Abschreckung“ wahrnehmen. Dazu hat die Wissenschaftsministerin eine Art österreichische Variante der „affirmative action“ in die Diskussion geworfen, also der aktiven Förderung von Randgruppen, die den Uni-Zugang für Angehörige bildungsferner Schichten erleichtern soll. Gedacht wird etwa an Punktezuschläge bei Aufnahmeverfahren oder die Reservierung einer bestimmten Anzahl an Plätzen. Dieses System erinnert stark an das, was in der DDR (und anderen Ostblockländern) Jahrzehnte lang praktiziert wurde, wäre im österreichischen Kontext aber nicht viel mehr als Kosmetik, da das vorbereitende Sekundarschulwesen, das in Österreich einen extrem sozial selektiven Charakter hat und vor allem bildungsferne Schichten gar nicht erst zur Hochschulreife befördert.

In der Tschechischen Republik gibt es private Agenturen, die gutes Geld damit verdienen, die Studierwilligen auf die Aufnahmeprüfungen vorzubereiten. Wer studieren will, muss es sich leisten können – das beginnt schon bei der Vorbereitung für die Aufnahmeverfahren.

Alternativen für die maschinelle Massenabfertigung via Computereingangstests gibt es durchaus: An den „besseren“ Universitäten Europas und den USA werden schriftliche Bewerbungen verlangt und die Interessenten zu Interviews eingeladen. Dieser Zugang ist professioneller, garantiert fairere Verfahren, ist aber ungleich teurer als die hier zu Lande üblichen Multiple-choice-Tests.

Nachtrag zu STEP (neu: STEOP – Studieneingangs- und Orientierungsphase)

Die Studieneingangsphase war ursprünglich als Orientierungsphase für Studienanfänger konzipiert und sollte den Studierenden die Möglichkeit bieten, im ersten (in den ersten beiden) Semester(n) einen Einblick in die gewählte Studienrichtung bieten mit der Option die Studienrichtung zu wechseln. Auf die organisatorischen und inhaltlichen Probleme, die sich dabei ergeben habe ich in einem Beitrag hingewiesen (vgl. Fußnote 18). In der Zwischenzeit hört man seitens der Hochschulpolitik, dass am Ende der STEP Knock-out-Prüfungen stehen sollen, von der Orientierungsoption ist keine Rede mehr – ein klarer Bruch von gemachten Versprechungen.

Der (fast) unwiderstehliche Charme des NC

Der Numerus clausus (NC) ist die in Deutschland vorherrschende Variante der Aussperrung. Es ist völlig abwegig, die Zulassung zu Studien vom Notendurchschnitt der Gymnasien oder der Matura abhängig zu machen, da dieser über die Leistungs- und Entwicklungsfähigkeit eines Schülers / Studierenden nichts aussagt. Die pejorative Verwendung des Begriffes „Numerus-clausus-Flüchtling“ – als Massenphänomen, das unsere Universitäten überschwemmt ... unterstellt, dass der NC per se eine sinnvolle Einrichtung ist. Die Bezeichnung „NC-Flüchtlinge“ diskriminiert die Betroffenen, die keine Schuld an der verfehlten Hochschul- und Bildungspolitik in Deutschland tragen, und hilft das Debakel der österreichischen Hochschulpolitik auf andere vorgebliche Verursacher – mit einer gehörigen Portion von Medien und Politikern geschürten Chauvinismus – abzuschieben.

Nachfragesteuerung durch Studiengebühren / Kostenbeteiligung

Die Diskussion um die Studiengebühren – politische und medial hochgespielt – bezieht nur einen relativ kleinen Teil der Kosten ein, die Studierende bzw. die Eltern zu berappen haben: Sie abstrahiert von den Lebenshaltungskosten, die den weitaus größten Kostenanteil des Studiums ausmachen. Sie sind der wahre Grund dafür, dass für soziale Randschichten – und zunehmend nicht mehr nur für sie – ein Studium zum finanziellen Problem werden lassen. Die Frage ist zu stellen, wie hoch das Familieneinkommen sein muss, dass davon das Studium eines Kindes finanziert werden kann, realistischer Weise wird man von ca 1000 €pro Monat an realen Unterhaltskosten ausgehen müssen, diese sind mit der Höhe der österreichischen Durchschnittseinkommen (pro Person ca 1700 €brutto pro Monat) in Relation zu setzen.

Ca ein Viertel der Studierenden wird durch ein Stipendium unterstützt, das ist im Vergleich etwa zu den Niederlanden (80%) mickrig, das Höchststipendium von 679 €erhält ein Prozent der Stipendienbezieher (!), im Durchschnitt beträgt das Stipendium 280 € pro Monat. Die Grenze zur Armutgefährdungsschwelle wird mit 951 € festgelegt. In den Einkommensverhältnissen ist die primäre Ursache für die Tatsache zu finden, dass ca 60% der Studierenden neben dem Studium arbeiten (müssen). Die vergebenen Stipendien gleichen – wie ersichtlich – diesen Finanzbedarf – d.h. diese soziale Ungleichheit bei weitem nicht aus. „Bei der Studienfinanzierung ist die Differenz nach der sozialen Herkunft ganz erheblich. In Deutschland können Studierende aus Arbeiterfamilien nur zu 15 % (un- und angelernte Arbeiter) oder zu 20 % (Facharbeiter und Meister) völlig auf das elterliche Geld zur Studienfinanzierung set-

zen; dagegen können Studierende mit ‚Akademikereltern‘ zu zwei Dritteln völlig auf das Geld der Eltern vertrauen – eine beträchtlich bessere Grundlage für das Studium.“¹⁹

Dass die Berufstätigkeit neben dem Studium erhebliche Auswirkungen auf Studiendauer und Drop-out-Häufigkeit haben muss, kann außer Frage gestellt werden. Argumente gegen den freien Hochschulzugang und insbesondere für Studiengebühren mit dem Hinweis, dass bisher es nicht gelungen ist, „bildungsfernen Schichten“ in stärkerem Ausmaß als bisher an die Hohen Schulen zu bringen, ignorieren weitgehend die soziale Komponente des Problems. Die Einkommenssituation der „Bildungsfernen“ hat auch zur Folge, dass diese vom selektiven Charakter des Sekundarschulwesens besonders betroffen sind und sich der Selektion weniger erfolgreich (z.B. durch besondere Förderung, Nachhilfe, u.ä.) entziehen können. „Dass der Staat das Studium eines Generaldirektorssohnes genau so hoch subventioniert wie das eines Arbeiterkindes“²⁰ stimmt genauso wie bei der Benützung von anderen Einrichtungen, die der Staat ebenfalls subventioniert, wie etwa Straßen, Brücken, Parks, öffentlichem Verkehr, Theatern, Gesundheitswesen, etc. In einer sozioökonomisch differenzierten Gesellschaft gibt es einfach unauflösbare Widersprüche und Gegensätze, die nicht durch Gebühren o.ä. aufgelöst werden können. Diese Widersprüche beinhalten Ungerechtigkeiten, Unfairness, Benachteiligungen etc., die nur das Solidaritätsprinzip einigermaßen mildern kann. Die Frage ist durchaus berechtigt, ob wir nicht im aktuellen Kampf pro und kontra Studiengebühren offensichtlich analog Rückzugsgefechte erleben, den sozialen Besitzstand gegen unten zu verteidigen – auch wenn andere Argumente vorgeschoben werden. Studiengebühren dienen nicht so sehr der Finanzierung der Hochschulen, dazu bringen sie zu wenig ein, sondern vielmehr der Disziplinierung.

Einkommenschwächere Studierende, die auf Stipendien angewiesen sind, stehen unter dem besonderen Druck eines kontinuierlichen Leistungsnachweises im Gegensatz zu denjenigen, die über einen ausreichenden finanziellen Polster verfügen. Eine empirische Untersuchung (HIS 2008²¹) bringt den Nachweis, dass vor allem Frauen und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten durch Studiengebühren benachteiligt werden – diese Untersuchung wurde in Deutschland gemacht, die Resultate können aber auf Österreich umgelegt werden. Stipendien gleichen die materielle Aussperrung einfach nicht aus.

Die aktuelle Diskussion geht in Österreich in die Richtung sowohl der vollständigen Wiedereinführung der Studiengebühren als auch ihrer Erhöhung. Seitens des Ministeriums war die Variante von 500 € je Semester zu hören und der neueste Vorschlag, Studiengebühren je belegter LV (oder abgelegter Prüfung) einzuheben, erscheint reichlich unausgegoren und ist wahrscheinlich noch ungerechter und verwaltungstechnisch aufwändiger als die bisherige Praxis. Der Chef der Rektorenkonferenz kann sich sogar 1000 € pro Semester als „zumutbar“ vorstellen, womit Österreichs Hohe Schulen endlich einen beherzten Schritt in Richtung Spitzengruppe setzen würde – zumindest was die Höhe der Studiengebühren betrifft. (Übrigens: Ausländische Studierende zahlen schon seit Jahrzehnten die doppelten Gebühren – wofür eigentlich? Erhalten sie irgendwelche zusätzliche Leistungen – z.B. spezielle Deutschkurse, Studien begleitende Maßnahmen oder sonstige nennenswerte Vergünstigungen?)

¹⁹ Holger Bargel - Tino Bargel: Ungleichheiten und Benachteiligungen im Hochschulstudium aufgrund der sozialen Herkunft der Studierenden. http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_202.pdf, S. 14

²⁰ Michael Fleischhacker: Uni brennt: Über Biedermänner und Brandstifter. In: Die Presse 4.10.2010

²¹ Christoph Heine – Heiko Quast – Heike Spangenberg: Studiengebühren aus der Sicht von Studienberechtigten. Finanzierung und Auswirkungen auf Studienpläne und -strategien. HIS: Forum Hochschule 15, Hannover 2008

Ingolf Erlert: Der Bildung ferne bleiben: Was meine „Bildungsferne“? Magazin Erwachsenenbildung, Wien 10/2010

Schließlich muss die Bemerkung erlaubt sein, dass es eine arge Zumutung ist, für die aktuell herrschenden miserablen Studien- und Arbeitsbedingungen, für die lachhaften Betreuungsverhältnisse und alle sich daraus ergebenden Folgen für die Qualität der Ausbildung überhaupt irgendwelche Gebühren verlangen zu wollen. Wenn der Staat die notwendigen Mittel für den tertiären Bereich nicht aufbringen kann und will, so könnte er bei den Studierenden einen Kredit aufnehmen (quasi als staatliche Bildungsanleihe) und diesen dann später (an die Absolventen) zurückzahlen. Diese Art von Studienbeiträgen würden die Politik ganz anders in die Pflicht nehmen als die intendierte und bisherige „Studienmautpraxis“ – denn Bildung ist ein Menschenrecht. Aber in diese Richtung wurde noch nicht gedacht.

Österreichs Bildungspolitik versucht vielmehr die Quadratur des Kreises, die niedrige Akademikerquote zu heben und dafür keine finanziellen Mittel zur Verfügung stellen zu wollen. Die Haltung des Ministeriums ist (zumindest rhetorisch) konsequent und einer Erpressung nicht unähnlich: Entweder (höhere) Studiengebühren oder Schließung / Zusammenlegung von Studienrichtungen, Universitäten etc. In diesem Kontext ist es schwer plausibel zu vermitteln, dass auf Vermögens-, Erbschaftssteuern, Kapitalwachstumssteuern, Transaktionssteuern etc. verzichtet werden kann, oder dass großzügig Mittel für militärisches Fluggerät oder für das „subjektive Sicherheitsgefühl“ an der Ostgrenze, „Volksabstimmungsspenden“ für Kärntner Politfolklore und Unsummen für verschiedenste fragwürdige Prestigeprojekte verpulvert werden, für höhere Bildung aber keine ausreichenden Mittel vorhanden sein sollen und von den Studierenden bzw. deren Eltern par tout Studiengebühren eingehoben werden müssen. Der Nachholbedarf an Investitionen geht in die Milliarden, Studiengebühren würden höchstens einige Hundert Millionen bringen. Mit Studiengebühren lässt sich die Finanzierungslücke ohne diese nicht schließen, die Kollateralschäden – vor allem die Ausgrenzung sozial Schwacher – wären erheblich größer als der erwartete Nutzen.

Schlussbemerkungen

Studieren heute

Studenten müssen heute das Gefühl haben, dass sie an den Hochschulen nicht besonders erwünscht und willkommen sind. Die Alltagserfahrung muss ihnen diesen Eindruck auf verschiedensten Ebenen vermitteln – bürokratischer Hürdenlauf. Anmeldungen zu den LV, überfüllte Hörsäle, Bibliothek als Lotterie, etc. Normales Studieren unter vernünftigen Bedingungen wird in immer mehr Studienrichtungen zu einem Wunsch ans Christkind. Das derzeitige System produziert Perversionen am laufenden Band, wie z.B. das computerisierte Anmeldesystem, es sollte mehr Transparenz schaffen, Bürokratie verringern, Überbuchungen verhindern, bessere Verteilung der Studierenden auf (Parallel-)LV ermöglichen, etc. Die Realität ist jedoch eine ganz andere. Überlastete Rechner be- und oft verhindern eine reguläre Anmeldung und zwingen zu absurden Verrenkungen, wie beim Roulette ein Setzen von virtuellen Punkten auf LV, um die Chancen für die Zulassung zu steigern, etc. Und in der Tat es gibt schon Tauschbörsen nach dem Muster „Tausche Anmeldung für LV x gegen Anmeldung für LV y“ ... Man kann annehmen, dass es Studis mit Erfahrungen im Poker dabei Vorteile haben.

Da eine Verbesserung der Betreuungsverhältnisse nicht möglich ist oder nicht in Aussicht steht, werden technische Wege beschritten: Streaming soll mehr Studierenden den Zugang zu LV ermöglichen und das ohne Rücksicht auf Hörsaalkapazitäten, damit ist ein weiterer Vorteil verbunden, nämlich sich gar nicht mehr auf die Uni begeben zu müssen, sondern man „holt“ sich die LV per Internet auf den PC. Dass dabei aber nicht unwesentliche Copyright-Fragen der LV-Leiter nicht geklärt sind bzw. sogar auf der Strecke bleiben, steht auf einem

anderen Blatt. An einigen amerikanischen Eliteunis müssen unter Androhung von Kündigung Vortragende ihre Unterrichtsmaterialien unentgeltlich der Universitätsverwaltung zur Veröffentlichung zur Verfügung stellen – wird da vielleicht schon wieder einmal nachgaloppiert? Vieles erscheint derart unglaublich, dass man es für Realsatire halten möchte, aber leider ...

Studentenansturm als Naturkatastrophe

Verfolgt man den aktuellen hochschulpolitischen Diskurs, so scheint das Hauptthema zu sein, wie die Naturkatastrophe „Studentenansturm“ zu bekämpfen ist. Im Spiel sind wie erwähnt Studiengebühren und selektive Aufnahmeverfahren, beide benachteiligen nachweislich „bildungsferne“ stärker als höhere soziale Schichten. Das Problem lässt sich sicherlich nicht durch affirmative action beheben, Symptombasterei geht am eigentlichen Problem vorbei: Es sind die sozialen Verhältnisse, die darüber entscheiden, ob Eltern ihre Kinder eher Geld verdienen schicken oder ihnen ein Hochschulstudium ermöglichen (können). Das Familienbudget belasten neben den Lebenshaltungskosten für die Studierenden nicht nur Studiengebühren sondern auch allfällige kostenintensive Vorbereitungen für Aufnahmeverfahren, ein Abwarten mit weiteren Versuchen, zum Studium zugelassen zu werden, Studienverzögerungen auf Grund von Wartelisten mit Vertröstungen auf das kommende Semester, einen Platz in einer LV zu ergattern, u.dgl. Diese Ausgaben stellen für sozial schwächere Schichten Barrieren dar, die nicht selten für sie gleich das Ende des akademischen Experiments bedeuten. Wenn man dies bedenkt, dann ist klar, dass ein Drehen an der Schraube der Studienzulassung und Studienbeschränkung immer auch soziale / sozialdiskriminierende Auswirkungen hat.

Streitpunkt: Anspruch auf Bildung als Menschenrecht

Die Bildungspolitik befindet sich in einem nicht aufgelösten Widerspruch: Der Sekundarschulbereich versucht mit wachsendem Erfolg die Zahl der Studienberechtigten zu erhöhen, der tertiäre Sektor kann damit aber nicht Schritt halten. Die Politik wird um einen Offenbarungseid nicht herum können: Sollte sie Bildung als Menschenrecht anerkennen, dann hätte sie alles zu unternehmen, damit dieses Recht auch als Anspruch eingefordert werden kann. Wenn aber die Bildungspolitik nicht will, dass potentiell jeder studieren können soll, dann müsste in der Bildungspolitik etwa in die 50-er Jahre des 20. Jh. zurückgerudert werden, d.h. konsequenter Weise wäre die Selektion bzw. Reduktion der „Massen“, die „Eindämmung der auf die Unis zukommenden Fluten“ schon im Sekundarschulbereich zu realisieren. Damit könnten viele Aufnahmeverfahren an den Universitäten unmittelbar vor der Inskriptionsfrist entfallen. Es würden sich auch die Diskussionen hinsichtlich Chancengerechtigkeit, Gesamtschulen etc. erledigen.

Streitpunkt: Durchgängige Chancengerechtigkeit als politisches Ziel

Wenn aber Chancengerechtigkeit politisches Ziel ist, dann kann sie aber nicht vor den Toren der Hochschulen enden. Es sind allerdings gar nicht so wenige Stimmen, die die Lösung der Hochschulmisere auf sozialdarwinistische Art sehen: „Schon bisher wurde ja sozial selektiert: Wer es sich finanziell leisten konnte, auf Labor- und Seminarplätze zu warten, hat es geschafft, die anderen mussten irgendwann aufgeben. In Zukunft sollte man nicht mehr versteckt sozial selektieren, sondern offen nach Leistung“²² Allerdings: „Studienplatzbewirtschaftung“ und „Zugangsbeschränkung“ – als Lösung der Hochschulmisere angepriesen – bedeuten gerade in ökonomischen Krisen den Ausschluss nicht nur mehr der sozialen Randschichten, es korrodiert auch zunehmend das, was sich bislang sozioökonomisch als gesellschaftliche Mitte definiert hat.

²² Michael Fleischhacker: Uni brennt: Über Biedermänner und Brandstifter. In: Die Presse 4.10.2010

Streitpunkt: Stellenwert von Bildung

Das steigende Gesamtniveau der Volksbildung kommt allen zu Gute. Die Studierendenzahl begrenzen zu wollen mit dem Hinweis auf volkswirtschaftliche Bedarfszahlen (z.B. Bedarf an Lehrern, Ärzten, Ingenieuren, etc.) ist fatal, weil die volkswirtschaftliche Entwicklung kaum einigermaßen zuverlässig prognostizierbar ist.

Hat(te) der von manchen für obsolet erklärte „freie Bildungszugang“ emanzipatorische Entfaltungsmöglichkeiten „Bildung“ zumindest ermöglicht, so orientiert sich „Ausbildung“, die Verwertungsperspektive, neudeutsch employability eng an den jeweils aktuellen Bedürfnissen und Interessen der Wirtschaft. Mit diesem Paradigmenwechsel wird suggeriert, dass Ausbildung (statt Bildung) Arbeitsplatzsicherheit garantiert. Die Unterstellung unter ökonomische Sachzwänge, die Zurichtung auf den Wettbewerb verändert jedoch den Charakter von Bildung: „Je mehr Bildung zum Ausleseinstrument im Konkurrenzsystem degeneriert, desto mehr reduziert sie sich auf den Charakter von Zurichtung.“²³ Bildung ist nicht mehr gefragt, wenn sie hilft, sich kritisch mit der Realität der Gesellschaft auseinander zu setzen, sich von Zwängen zu emanzipieren, Gegenentwürfe zu entwickeln. Um diese Zurichtung geht es, sie ist konform mit dem Demokratieabbau der Universitäten im Zuge der Universitätsreformen, sie ist auch Ausdruck des Fehlens innerbetrieblicher Demokratie und Folge neoliberaler Ideologie, die individuelle Freiheit und Demokratie den ökonomischen Interessen und Bedürfnissen unterstellt.

Akademischer Nachwuchs auf dem neoliberalen Opferaltar

Spardogma und Weigerung, die Hochschulbildung entsprechend zu fördern, verhindern breiten wissenschaftlichen Nachwuchs und akademische Karrieren. Es wurde von ausländischen Beobachtern immer wieder mit Erstaunen festgestellt, dass es so gut wie keine Doktorats- oder Habilitationsstipendien oder noch besser Dienstposten an der Universität gibt, die den Betroffenen die Bedingungen bieten, sich ganz auf das Fach konzentrieren zu können. Die alten Karriereschemata wurden abgeschafft, die neuen lassen Durchlässigkeit und karrierefähige Perspektiven vermissen. Bei konstant steigenden Studierendenzahlen und ebenso konstant bleibendem akademischem Personal, werden die Betreuungsverhältnisse stetig prekärer. Ebenfalls verschlechtern sich die Bedingungen und Karrierechancen für den akademischen Nachwuchs. Da ist es kein Wunder, dass eine wachsende Zahl von Akademikern Österreich den Rücken kehren und im Ausland ihre Chancen verwirklichen. Damit ist aber längerfristig der Weg in die Zweitklassigkeit unausweichlich.

Erschütternd sind amerikanische Verhältnisse: Nur etwas mehr als ¼ der Hochschullehrer hat eine Dauerstellung, ungebrochen ist der Trend zum Road Scholar, der völlig unterbezahlt ohne jegliche Anstellungsperspektive oder Beschäftigungssicherheit, jeder einzelnen LV von Semester zu Semester nachlaufen muss, um zu überleben.

Zum Schluss

Am ökonomischen Horizont kündigt sich leichtes Morgenrot an, Mehreinnahmen an Steuern sind zu erwarten. Vom verantwortlichen politischen Establishment gibt es noch keinerlei Hinweise oder Willenskundgebungen dafür, diese zusätzlichen Mittel für Bildung und Hochschulen verwenden zu wollen. Gespräche mit Vertretern der Hochschulen wurden sozus. post festum erst nach Abschluss der Budgeterstellung seitens der Regierung zugesagt – das ist ein Affront, der seinesgleichen sucht und den Stellenwert der Bildung in der österreichischen Ge-

²³ Erich Ribolits: Vom sinnlosen Arbeiten zum sinnlosen Lernen. In: schulheft 113/2004: Wa(h)re Bildung. Zurichtung für den Profit. S. 40 – 52, S. 47

sellschaftspolitik eindrucksvoll demonstriert.

Es ist absolut notwendig, dass ein politischer Konsens über die Entwicklung des Bildungswesens hergestellt wird, das schließt kurzfristig nachhaltige Finanzierungsmodelle, stärkere Kooperation des tertiären mit dem sekundären Bildungssektor, Verbesserung der Betreuungsverhältnisse ein. Insbesondere aber muss erheblich mehr in die professionelle Beratung und Betreuung der Schüler hinsichtlich Studienwahl ideell wie materiell investiert werden, damit auch eine bessere Verteilung der Studierenden auf die Studienrichtungen Realität wird. Die praktizierten Aufnahmeverfahren gehen ausschließlich in Richtung einer schnellen, effizienten leicht handhabbaren Selektion mit dem Ziel der Reduktion der Studierendenzahlen auf vorhandene oder gewünschte Kapazitäten. Die Aufnahmetests haben den Nachteil, dass sie die Studierenden bei der Orientierung keinesfalls unterstützen, denn es gibt nach dem (nicht bestandenen) Test auch keine Beratung. Es wird auch nicht ohne eine stärkere Kooperation (einsetzend 2-3 Jahre vor der Matura) zwischen sekundärem und tertiärem Bildungsbereich hinsichtlich Nachwuchsförderung gehen – entsprechende personelle wie finanzielle Mittel vorausgesetzt.

Die Studierenden werden immer mehr zu Sündenböcken für nicht existente bzw. verantwortungslose Hochschulpolitik. Die Bildungspolitik hat es seit Jahrzehnten verabsäumt, nachhaltige Strategien zu definieren und umzusetzen, das betrifft die Planung der Uni-Standorte ebenso wie die Frage inhaltlicher Schwerpunkte, die Förderung der Forschung und des wissenschaftlichen Nachwuchses. Die Studierenden werden für die Fehler, Versäumnisse eines wenig verantwortlichen politischen Establishments in die Geiselhaft genommen. Unlängst hat ein österreichischer Großindustrieller Hochschulen als „Wärmestuben“ bezeichnet, das ist infam. Hochschulen erfordern Freiheitsräume und sind Erfahrungsräume für Forschung und Lehre – dies gilt auch für Studierende, sie müssen die Freiheit haben zu reüssieren oder auch zu scheitern.